

Mitte von ihren Schwesterparteien in anderen Ländern unterstützt werden. Daß die kommunistische Partei P.C.P. als „Ordnungsfaktor“ ersten Ranges auftritt und die Junta-Politik bislang mitträgt und unterstützt, kann als Indiz dafür gelten, daß die Sowjetunion auf alle Fälle ihren Einfluß in der portugiesischen Politik geltend machen und im zu erwartenden Prozeß der Entkolonialisierung nicht aufs Spiel setzen will. Die portugiesische Kolonialfrage betrifft einen wichtigen Schnittpunkt des Ost-West- und des Nord-Süd-Konflikts, an dem sich zwangsläufig weltpolitische Interessen der beiden Supermächte berühren. Beide scheinen bislang vor allem darauf bedacht

zu sein, daß die Entkolonialisierung nicht außer Kontrolle gerät. Andererseits werden die afrikanischen Staaten eifersüchtig darüber wachen, daß die portugiesischen Territorien eine authentisch afrikanische, nicht eine fremdbestimmte Unabhängigkeit und damit nur andersgeartete Abhängigkeit erlangen. Das Nachsehen haben in dieser Situation wahrscheinlich alle jene politischen Kräfte in Portugal, die auf grundlegende und rasche gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen hoffen und hinarbeiten. (Ein zweiter Teil, der sich mit der Rolle der Kirche und mit dem Schlüsselproblem der Entkolonialisierung befaßt, folgt in der nächsten Nummer.)

Tagungsbericht

Kirche - Politik - Parteien

Eine Tagung der katholischen Zentralstelle in Mönchengladbach

Zu diesem Thema veranstaltete die Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle in Mönchengladbach vom 24. bis 26. Mai eine Tagung, die Historiker, Sozialethiker, Theologen, Soziologen und Politologen zusammenführte. Unter geschichtlichen und aktuellen Aspekten und unter Berücksichtigung sowohl gesellschaftlich-politischer als auch theologisch-innerkirchlicher Entwicklungen wurde ein Problemfeld behandelt, das aufgrund verschiedener Faktoren und neuer Spannungen in den letzten Jahren wieder mehr Aufmerksamkeit auf sich zieht. Referate und Diskussion dieser Tagung werden in Buchform veröffentlicht; der folgende Bericht bietet eine Skizze der vorgetragenen Referate.

Parteien und Kirche im Rückblick

In seinem Einleitungsreferat „Zur Geschichte des Verhältnisses von Kirche und Parteien vor und nach 1945“ ging Prof. Rudolf Morsey auf die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Für die Kirche, die sich in ihrem Verhalten gegenüber den politischen Parteien von dem Zusammenhang zwischen religiöser und staatsbürgerlicher Freiheit leiten ließ, konnten liberale und sozialistische Parteigruppierungen keine Partner sein. Das zeigte sich beispielhaft und besonders kraß an dem über die Jahrzehnte hinweg immer wieder aufbrechenden Konflikt um Elternrecht und Bekennerschule.

Mag auch verständlicherweise immer eine Nähe der Kirche zum Zentrum bestanden haben, vor allem in Zeiten kirchenpolitischer Bedrängnis wie im Kulturkampf, so blieb dieses Verhältnis doch nicht spannungsfrei. Weder das Zentrum noch die Bayerische Volkspartei haben sich als Erfüllungsgehilfen der Kirche oder des Episkopats verstanden, und die Kurie hat es vorgezogen, ihre Interessen nicht über diese Parteien, sondern im direkten Kontakt mit staatlichen Stellen zu vertreten. Daß der fälschliche Eindruck einer engen Bindung von Zentrum und Bayerischer Volkspartei auf der einen und Kirche auf der anderen Seite entstehen konnte, ist nach Morsey auf das — besonders nach 1928 verstärkte — Engagement von Geistlichen in beiden Parteien zurückzuführen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Offenbarwerden auch des geistigen Niedergangs kam der Kirche eine Position zu, die ihr wieder neue Möglichkeiten eines freien öffentlichen Wirkens boten. Es gab für die Kirche keinen Grund, dem neuen demokratischen Verfassungsstaat gegenüber in die Defensive zu gehen. Die von ihr vertretenen, für das gesellschaftliche und staatliche Leben fundamentalen Werte fanden weit über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus Anerkennung, was sicher dazu beigetragen hat, daß die Sympathien des Episkopats sich den interkonfessionellen Parteien zuwandten. So wurde ein Verhältnis eingeleitet, das bis in die sechziger Jahre, bis zu dem beginnenden Prozeß der „Entideologisierung“ in den Parteien so gut wie konfliktfrei geblieben ist. Der Klerus

hat innerhalb der Unionsparteien praktisch keine Bedeutung gehabt, was Morsey zu der kritischen Frage anregte, ob damit nicht auch ein Potential geistlicher Beratung ausgefallen sei.

Prof. *Wilhelm Hennis* (Freiburg) referierte zum Thema: „*Von der Integrationspartei zur Volkspartei. Zum Wandel des Parteiensystems in der Ära der Bundesrepublik*“. Hennis wies darauf hin, daß der breite politische Konsensus nach 1945 wesentlich durch eine „kollektive geschichtliche Erfahrung“ verursacht war, dem u. a. auch der Wandel des deutschen Parteiensystems entsprach. Der noch in der Weimarer Zeit vorherrschende Parteientyp war der einer „demokratischen Integrationspartei“, die ihren Mitgliedern und Anhängern eine geistig-politische Heimat „von der Wiege bis zur Bahre“ bot, mit einem breit gefächerten Verbandswesen eng verbunden war und als politische Repräsentation eines gesellschaftlichen Feldes in Erscheinung trat (z. B. die SPD als Arbeiterpartei). Ein betont weltanschaulich begründetes Programm, eine straffe Organisation und die Zuordnung zu einer verhältnismäßig homogenen sozialen oder konfessionellen Schicht als zentrale Bestimmungsfaktoren des ganzen Systems und des Wählerverhaltens — das alles charakterisierte die innere und äußere Gestalt der damaligen Integrationsparteien.

Dieser Typ setzte sich nach 1945 nicht fort, nachdem er schon 1933 von der „diktatorischen Integrationspartei“ verdrängt worden war. In den Bundestagswahlen von 1953 und 1957 wurde er vollends liquidiert; mit der CDU setzte sich die „Volkspartei“ durch, für jedermann wählbar und angelegt auf die Gewinnung einer regierungsfähigen Mehrheit.

Die Ablösung der Volkspartei aus dem Kontext der alten Parteien erfolgte auf dem Hintergrund eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels, der die Zuordnung zu einer Konfession, zu einzelnen sozialen Schichten und zu einem beiden Faktoren entsprechenden Verbandswesen stark relativierte. Die CDU hat es beispielsweise vermocht, aus einigen wenigen Begriffen der christlichen Soziallehre und des ORDO-Liberalismus eine Verklammerung zu schaffen, die u. a. die Frage nach dem „spezifisch Christlichen“ unaktuell gemacht hat. Der für die CDU tragende Kontext sind die Jahre ihrer Erfolge von 1949 bis 1969.

Nach Hennis sind historisch die Anlässe zu einer profilierten, geschlossenen Theorie für Volksparteien ausgefallen. Es gebe keine geschichtlichen Einbrüche mehr, die die Evidenz sozialer oder konfessionspolitischer Zwänge („Repressionsphänomene“) mit der Notwendigkeit einer theoretisch-programmatischen Legitimation erweisen könnten. Die Mühsal, mit der versucht werde, dieses „Theoriedefizit“ aufzuarbeiten, sei bezeichnend für die heutige Situation. Ein solcher Versuch bleibe papierene Wirklichkeit und entspringe jener „altmodisch-rationalistischen Vorstellung“ von Politik, die glaube, alles und

jedes in einem Grundsatz- und Langzeitprogramm verorten zu müssen.

Hennis sah das wichtigste Problem der Volksparteien in ihrer inneren Labilität, in dem Umstand, daß sie sich ihrer Anhänger und Mitglieder nicht mehr sicher sein können. Das macht sie unter dem Aspekt ihrer Funktion, nämlich der Ermöglichung demokratischer Regierbarkeit des Gemeinwesens, schwer führbar, nachdem die Integrationsfaktoren der Sozialstruktur, des gemeinsamen Interesses, der gemeinsamen historischen Erfahrung und der weltanschaulichen Bindungen verblaßt sind. Die Vorliebe für eine charismatische Führungspersönlichkeit sei Symptom dieser Lage.

Die heute vielfach favorisierte Therapie der weiteren Auflösung von Institutionen, der Emanzipation, der Demokratisierung und des Abbaus von Autoritäten bezeichnete Hennis als einen Irrweg mit bedenklichen Konsequenzen in Schule und Universität, in den Kirchen und in der staatlichen Ordnung. Für die Volksparteien bleibt die vorrangige ordnungspolitische Orientierung die Frage, wie eine moderne industrialisierte Gesellschaft demokratisch regierbar bleibt.

Änderungen im Wahlverhalten

Prof. *Gerhard Schmidtchen* (Allensbach/Zürich) ging den „*Wandlungen und Motiven im Wahlverhalten der Katholiken*“ nach, und zwar anhand von Untersuchungen des Allensbacher Instituts, einschließlich der Synodenumfragen, über die Zeit von 1953 bis 1974.

Gegenüber dem protestantischen Bevölkerungsteil waren die Katholiken die „Entdecker“ der Bundesrepublik als einer politischen Ordnung, in der sie erstmals seit Jahrzehnten keinen gesellschaftlichen und politischen Status minderen Rechtes einnahmen. In der von den neuesten Zahlen signalisierten Entwicklung fällt jedoch auf, daß einmal die gegenwärtige politische Ordnung von den Katholiken nur zu 27% für gut gehalten wird, von den Protestanten aber zu 31%, und daß zum andern die SPD wieder katholische Anhänger verliert bei gleichzeitig labilerem Wahlverhalten der Katholiken überhaupt. Konnte man den Einbruch der SPD in katholische Wählerkreise 1972 noch mit religiös-kirchlichen Motiven in Verbindung bringen, so zeigt der neuere Trend keine Hinwendung zur Kirche; der Zusammenhang zwischen Kirchenbesuch und politischer Orientierung werde schwächer, besonders in der jungen Generation. Emanzipiert sich also das politische Verhalten von religiösen Denktraditionen? Die Wahlsoziologie zeigt, daß auf jedem Niveau des Kirchenbesuchs mehr katholische als evangelische Christen CDU wählen. Somit hängt das Wahlverhalten weniger mit der Häufigkeit des Kirchgangs als mehr mit Anschauungssystemen, mit „kognitiven Strukturen“ zusammen, beispielsweise mit der Bindung an eine transzendente Orientierung, die auf die Bewertung von Gesellschaft und

Politik einwirkt. Von ausschlaggebendem Gewicht für die (partei-)politische Ausrichtung ist die Frage der Übereinstimmung oder Dissonanz zwischen den Auffassungen der Katholiken und der Lehre der Kirche, unabhängig vom Kirchenbesuch. Je mehr und intensiver solche Dissonanzen mit der Kirche, mit der „institutionalisierten Religion“ auftreten, desto rigoroser wird der politische Entscheidungsraum freigesetzt.

Vor diesem Hintergrund machte Schmidtchen mit reich belegtem Material die Präferenz katholischer SPD-Wähler für Ostpolitik und gesellschaftliche Reformen verständlich, ebenso deren geringere Sorge um das marktwirtschaftliche System und um die Werte von Ruhe und Ordnung. Von der Kirche erwarten diese Katholiken keinen genügend starken Einsatz für Gesellschaftsveränderungen, soziale Gerechtigkeit, Versöhnung usw.

Fazit: Veränderungen im Wahlverhalten der Katholiken sind weniger von der am Kirchenbesuch meßbaren Kirchlichkeit aus zu analysieren, sondern mehr aus dem Konfliktpotential, von dem man annehmen muß, daß es auch in Zukunft virulent bleibt.

Parteien im Wertkonflikt

Prof. *Oswald von Nell-Breuning* (Frankfurt-St. Georgen) fragte in seinem Referat „*Die Unionsparteien vor der Wertfrage*“, welchen Werten sich die C-Parteien mit ihrem Namen verpflichtet haben und verpflichten können. Eine enge konfessionelle Interpretation der Wertoption sei nicht möglich, da einerseits das Grundgesetz als Basis der Parteien nicht ausdrücklich von „christlichen“ Werten spreche, andererseits die Interkonfessionalität keine alle Teile verbindende, aus dem Offenbarungsverständnis hergeleitete Interpretation des spezifisch Christlichen zulasse. Auch könnten die C-Parteien aufgrund der heutigen kirchenpolitischen Situation und besonders des Verhältnisses zwischen Staat und Kirchen sich nicht als politische Formierung des Katholizismus verstehen oder von außen als weltlicher Arm der (kath.) Kirche verstanden werden. Wertgrundlage könne und müsse vielmehr das *Sittengesetz* sein, wie es in der christlichen Tradition beheimatet sei. Diese Orientierung befreie nicht von dem Zwang, das Für und Wider einer Entscheidung abzuwägen. Sie könne ebensowenig die jeder politischen Entscheidung anhaftende Ungewißheit beseitigen; auch die *transzendente Dimension* des christlichen Menschenbildes und die göttliche Offenbarung böten in der Regel keine zusätzlichen Kriterien für das aktuelle Handeln.

Grundlegende Bedeutung für die im Sittengesetz wurzelnde Wertüberzeugung hat die Abgrenzung gegenüber Einseitigkeiten im Verhältnis von Einzelmensch und Gesellschaft, von Einzelwohl und Gemeinwohl, worauf sowohl das Prinzip der Solidarität als auch das der Sub-

sidarität angelegt sind. v. Nell-Breuning unterstrich die Vereinbarkeit der Werthaltung der C-Parteien mit dem Grundgesetz, das dem Staat vorgegebene Werte und Normen anerkennt. Das gebe diesen Parteien die Chance, „*ihr Verständnis*“ von Werten und politischen Zielen „für ihre Politik fruchtbar zu machen“, ohne dabei die Toleranz zu mißachten. Ihre Vertreter haben „die christlich verstandenen Werte überzeugend *vorzuleben*“. Die Grenze, von der ab der christliche Politiker Verletzungen des Sittengesetzes auch mit Mitteln der staatlichen Strafgewalt bekämpfen kann oder muß, „wird im Einzelfall oft schwer zu bestimmen sein“. Die Richtschnur des „gemeinwohlschädigenden Verhaltens“ genüge nicht in jedem Fall, „weil auch hier alles von dem Wertmaßstab abhängt . . .“, was als Schaden für das Gemeinwohl anzusehen und wie dieser Schaden zu bemessen ist“.

Prof. *Hans Buchheim* (Mainz) richtete „*Kritische Anfragen an das Menschen- und Gesellschaftsbild der SPD*“. Er stellte fest, daß das alte Selbstbild dieser Partei — Kampf gegen das Bestehende, Parteinahme für Unterdrückte, besonders für die Arbeiterschaft, Ausrichtung auf das Fernziel einer neuen Gesellschaft — nicht mehr mit dem demokratischen Verfassungsstaat nach dem Zweiten Weltkrieg zu vereinbaren war. Denn diese neue politische Ordnung forderte die Solidarität aller Bürger, auch Solidarität der politischen Gegner, um mit den Instrumenten der Verfassung gemeinsame Freiheit zu ermöglichen und zu sichern. Das Dilemma der SPD nach 1945 sei nun, daß sie sich auf der einen Seite zum demokratischen Verfassungsstaat bekannt, auf der anderen Seite aber Elemente ihres alten Selbstverständnisses durchgehalten habe, daß sie sogar diesen Verfassungsstaat insofern mit sich selbst identifiziere, als sie sich berufen fühle, ihn unter dem Anspruch wahrer Demokratie erst voll verwirklichen zu können. Demokratie erscheint somit nicht mehr in erster Linie als die allen politischen Kräften gemeinsame Basis, sondern als Ziel und, ihm untergeordnet, Politik als Aufgabe und Kampf für die Freiheit, vorgestellt als eine erst zukünftige Wirklichkeit. In diese Grundauffassung schiebt sich leicht die polarisierende Unterscheidung von Gut und Böse, von Freund und Feind ein.

Trotz ihres Wandels, so betonte Buchheim, zeige die SPD ein „ideologisch disponiertes Selbstverständnis ohne Ideologie“, dokumentiert in dem Verzicht auf die Allgemeinverbindlichkeit der marxistischen Theorie und in dem Rückgriff, „subsidiär gewissermaßen“, auf Christentum, Humanismus und klassische Philosophie, ebenso dokumentiert in dem Verzicht auf eine klare Definition des „demokratischen Sozialismus“. Den demokratischen Verfassungsstaat des Grundgesetzes ausschließlich als zukunftsbezogene Aufgabe zu verstehen sei Ideologieersatz, offen für ambivalente Zielbestimmungen. So auch habe das Ideengut der neuen Linken in der SPD „freie Valenzen“ gefunden, „eine generelle Disponiertheit, die im Ursprung und in der Geschichte dieser Partei begründet“ sei.

Unkritische Äquidistanz eine Gefahr?

Der frühere Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Prof. Karl Forster (Augsburg), erörterte „Die Frage der Äquidistanz zwischen Kirche und Parteien“ nach 1945. Aus gesellschaftlicher Sicht sah er die Gründe für die Forderung nach gleichem Abstand der Kirche von den Parteien in der wachsenden Überzeugung von der Machbarkeit der gesellschaftlichen Lebensbedingungen und in der Hinwendung zur Autonomie des Politischen bei gleichzeitigem Zurücktreten geistiger Grundentscheidungen. Das Bestreben der von dieser Grundhaltung geförderten Volksparteien, die Großgruppe der Kirche jeweils in ein enges Verhältnis zu sich zu bringen bzw. solche Verbindungen der Kirche zu anderen Parteien zu neutralisieren, habe bei aller Nähe der Kirche zu den Unionsparteien und bei allen Annäherungsversuchen zwischen SPD und Kirche praktisch gezeigt, daß im Laufe der Zeit der Wertkonsens „flacher“ geworden sei.

Forster führte für diese Entwicklung auch innerkirchliche und theologische Gründe an, so die Betonung der eigenständigen weltlichen Laienverantwortung und der Möglichkeit verschiedener konkreter politischer Lösungen, wobei eine gewisse innerkirchliche Strömung die Ausrichtung und Rückbindung beider Elemente an das Evangelium und an die Gemeinschaft der Kirche gelockert habe. In den ekklesiologischen Neuansatz des „Volkes Gottes“ habe sich eine „vulgärdemokratische Interpretation“ aller kirchlichen Strukturen eingeschoben und einen die Glaubenssubstanz selbst berührenden Pluralismus begünstigt. Daneben habe die Überspitzung der „Entscheidungs- und Gemeindekirche“ ihren Einfluß ausgeübt durch eine Abwertung alles Institutionellen an der Kirche. Mit dem Übergreifen dieser Einstellung auf das politische Feld habe sich die Vorstellung eines pluralen Engagements der einzelnen und der „Basisgemeinden“ verbunden, gefördert noch von Thesen und Formeln der „Politischen Theologie“, die über die „Politisierung der Pastoral“ letztlich zur „Privatisierung des Glaubens“ und zur Reduktion des Weltdienstes auf das politisch gerade für den Nächsten Erreichbare geführt hätten. Aus „Äquidistanz“ sei die Anpassung an divergierende gesellschaftliche und geistige Bewegungen geworden.

In der gegenwärtigen Phase der Reideologisierung der Parteien wird die Kirche mehr und mehr als Konkurrenz zu selbstgewählten Deutungssystemen verstanden, hinter der — jenseits der Problematik der Äquidistanz — die „Bestreitung der gesellschaftlichen Präsenz und der öffentlichen Stellung der Kirche als einer ethische Normen verkündenden und begründenden Institution“ auftaucht. Die Parteien umwerben die Katholiken, ohne deren Umfaßtsein von der Kirche zu akzeptieren. Auch in der CDU wachse die „Versuchung“, eigene Wertvorstellungen zu

entwerfen und in einen Wettlauf um die kirchenkritischen Christen einzutreten. Gegenüber Pragmatismus und Ideologie unterstrich Forster als Aufgabe der Kirche, Dissens zwischen ihnen und den Wertvorstellungen der Parteien deutlich allen Parteien gegenüber auszusprechen, denn die Position einer unkritischen Äquidistanz verfälsche die ihr aufgetragene Botschaft.

Parteilpolitik und Wertkonsens

Ein plausibles und überzeugendes *Orientierungsinstrument* für die konkrete Ortsbestimmung der Kirche zu Politik und politischen Parteien zu erarbeiten war nicht die erste und nächste Absicht der Mönchengladbacher Tagung. Wohl aber brachte diese interdisziplinäre Studientagung eine Reihe von Gesichtspunkten zur Sprache, die für eine solche Orientierung einschlägig werden und möglicherweise nach der Veröffentlichung der Referate und der Diskussion auch wieder breitere Aufmerksamkeit finden. In der Aussprache fand immer wieder die *Wertfrage* als Grundlage (partei-)politischen Handelns großes Interesse. So wurde, unter häufigem Bezug auf die Reform des § 218 StGB, über die Grenzen des Wertpluralismus diskutiert und festgehalten, daß es in einem so wesentlichen Grundwert wie dem Schutz des menschlichen Lebens keine „Ausnahme“ vom Prinzip geben könne, nicht erst aufgrund einer spezifisch christlichen Wertauffassung, sondern schon aufgrund des fundamentalen Wertkonsensus des Grundgesetzes. Dagegen wurde die Frage der Begründung der Werte weniger einheitlich beurteilt. Der Vorstellung, daß beispielsweise die Volksparteien die im kirchlich geprägten Glauben beheimateten Begründungen in das Verständnis ihrer programmatischen Ziele übernehmen müßten, wurde entgegengehalten, ob dies den Parteien wirklich zumutbar sei, wenn sie ihren Charakter als Zusammenschluß von Menschen auch verschiedener geistig-weltanschaulicher Grundüberzeugungen behalten sollen. Sei es nicht geradezu wünschenswert, wenn sich die Parteien der Suche nach letzten Begründungen enthielten, um mit peinlicher Vorsicht jeder ideologischen Versuchung zu einer „politischen Ersatzkirche“ zu entgehen? Müßte es nicht eher darauf ankommen, in der Wert-Interpretation *Gemeinsamkeit* zu erzielen und die Chancen für einen christlichen, in der Kirche begründeten Deutungszusammenhang in Programm und Aktion offenzuhalten? Wie immer die Antworten auf diese und ähnliche Fragen ausfallen — sie spiegeln auf ihre Weise Tendenzen einer spürbaren Reideologisierung in den Parteien wider, machen aber auch eindringlich auf die Verantwortung der Kirche aufmerksam, die in ihr begründeten und von ihr verkündeten Werte und Imperative in die Auseinandersetzung und Gewissensbildung einzubringen. Diese Pflicht steht vor jeder politischen Selbstbindung oder Forderung nach „Äquidistanz“.

Josef Oelinger